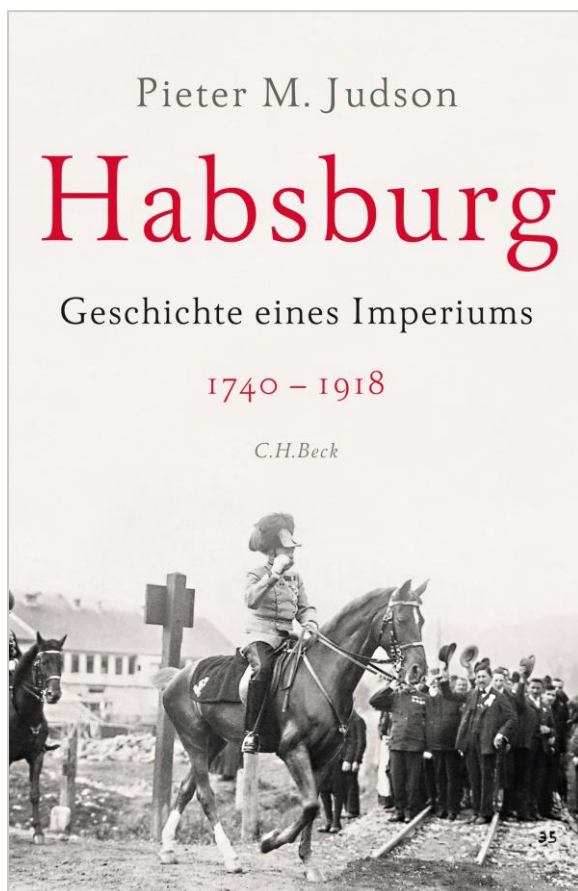


Unverkäufliche Leseprobe



Pieter M. Judson

Habsburg

Geschichte eines Imperiums - 1740-1918

2017. 667 Seiten mit 7 Karten und 40 Abbildungen.
Gebunden. ISBN: 978-3-406-70653-0

Weitere Informationen finden Sie hier:
<http://www.chbeck.de/17770109>

Pieter M. Judson

Habsburg

Pieter M. Judson

Habsburg

Geschichte eines Imperiums

1740–1918

*Aus dem Englischen von
Michael Müller*

C.H.Beck

Titel der amerikanischen Originalausgabe:
«The Habsburg Empire. A New History»
Copyright © 2016 by the President and Fellows of Harvard College
Zuerst erschienen bei Harvard University Press

Mit 7 Karten und 40 Abbildungen

Für die deutsche Ausgabe:
© Verlag C.H.Beck oHG, München 2017
Satz: Janß GmbH, Pfungstadt
Druck und Bindung: Druckerei C.H.Beck, Nördlingen
Umschlaggestaltung: Rothfos & Gabler, Hamburg
Umschlagabbildung: Kaiser Franz Joseph bei einer Parade in Sarajewo
am 1. Juni 1908. Foto: Österreichische Nationalbibliothek
Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)
Printed in Germany
ISBN 978 3 406 70653 0

www.chbeck.de

Für Charles

Inhalt

	Vorbemerkung	11
	Einleitung	13
	Was ist mit den Völkern?	23
	Die Erfahrungen vom Reich	25
1	Das zufällige Reich	33
	Einen Staat schaffen	33
	Von marginal zu global	37
	Sex and the Empire	41
	Aufbau des Staates und Reformen	48
	Die Bauern haben das Wort	59
	Ungarn und die Habsburger	66
	Auf dem Weg zum Staat: Bürgerrechte und Patriotismus	71
2	Diener und Bürger, Kaiserreich und Vaterland, 1780–1815	76
	Diener der Gesellschaft	80
	Reform	91
	Imperium, Integration und Siedler	100
	Von Untertanen zu Staatsbürgern?	106
	Von Opposition zu offener Rebellion	110
	Opposition und nationale Selbständigkeit	118
	Krieg und ein neuer österreichischer Staat	123
	Das gemeinsame Imperium im Frieden	132
3	Ein Reich der Widersprüche, 1815–1848	139
	Starker Staat, schwacher Staat	142
	Wirtschaftliches Wachstum und sozialer Wandel	151

	Populäre Visionen von einem starken Staat in Galizien und Dalmatien	161
	Überwachung und Zensur	173
	Bürgerliche Initiativen, soziale Verpflichtung und Kulturleben . .	177
	Sprachen der Nation, Nationalsprachen	191
	Nationale Eigenständigkeit und Politik	198
4	Wessen Reich? Die Revolutionen von 1848 und 1849	203
	Ein beunruhigendes Vorspiel in Galizien	205
	Aufbruch in den Städten	212
	Revolutionäre öffentliche Kultur, Rituale und Transparenz . . .	230
	«Wir sind freie Bürger einer constitutionellen Monarchie» . . .	244
	Völkerfrühling?	257
	Volkstümlicher Nationalismus?	274
	Wieder im Sattel	277
5	Ein liberales Imperium entsteht	281
	Die Fundamente für ein liberales Reich werden gelegt	286
	Die Dynastie wird gut verkauft	301
	Visionen von einem liberalen Kaisertum	306
	Reich und Volk in den 1850er-Jahren	313
	Ambitionen des Reichs in Europa	320
	«Keine Verfassung, kein Geld»	322
	Nationalismus im Stil der 1860er-Jahre	330
	Ausgleich	332
	Unabhängiges Ungarn	338
6	Kulturkämpfe und Kämpfe um die Kultur	345
	Der Begriff «Nation» in den österreichisch-ungarischen Kulturkämpfen	347
	Frühe Kulturkämpfe und liberale Akteure	354
	Kreuzzüge	361
	Grenzen des Liberalismus	370
	Vom Föderalismus zum Kulturalismus	375
	Ideologie, Populismus und nationale Selbständigkeit	384

Schulhausaktivisten	387
Reich, Nation und die Volkszählung	396
«Aufwühlende Zeiten in Österreich»	400
Unitas in diversitate	406
Zivilisation in «Halb-Asien» und die Krise des Liberalismus	411
Das Kronprinzenwerk	418
«Verwaltung ist unsere einzige Politik»	420
 7 Unser tägliches Reich, 1880–1914	 425
Eine neue Art Staat für eine neue Art Gesellschaft	426
Autonomie der Stadtregierungen	436
Wachablösung	447
Modern sein, europäisch sein (und dafür zahlen)	453
Vom Wehrdienst zum Patriotismus	464
Massengesellschaft und politische Kulturen	472
Ein Reich mit Zukunft?	480
 8 Krieg und radikale Staatsbildung, 1914–1925	 491
Die Julikrisen	497
Krieg gegen die Gesellschaft	500
Staatsbildung von unten: Denunziationen und Hungerrevolten	503
Neue Nachbarn	521
Propaganda für das Reich	530
Wiederbelebung der Legitimität	533
Zwei Reisen in letzter Minute	547
«Als hätte es überhaupt keine Revolution gegeben»	549
«Wir stehen über einem Vulkan»	557
 Epilog: Die neuen Reiche	 564
 Anhang	 577
Dank	579
Anmerkungen	584
Bildnachweis	662
Personenregister	663

Vorbemerkung

Thema dieses Buches ist die Geschichte eines Staates, der in der Zeit von 1770 bis 1918 unter vielen verschiedenen Namen bekannt war. Ich nenne ihn im Folgenden Habsburgermonarchie oder Habsburgisches Kaiserreich. Von 1804 bis 1867 war er als Kaisertum Österreich bekannt. Nach dem sogenannten Ausgleich von 1867 wurde die neu entstandene Doppelmonarchie als Österreich-Ungarn bezeichnet. Auf den westlichen Teil dieses Staates beziehe ich mich mit dem Ausdruck «Österreich», wenn er auch offiziell «Die im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder» hieß. Gebräuchlich war für den Westen auch der Begriff «Cisleithanien», während der östliche Teil, der offiziell «Länder der Heiligen Ungarischen Stephanskronen» hieß, «Transleithanien» genannt wurde.

Es ist fast unmöglich, über das habsburgische Mitteleuropa zu schreiben, ohne nationalistische Muster zu reproduzieren. Da mir das bewusst ist, habe ich es mir zur Regel gemacht, Orte nicht mit einem einzigen Namen zu nennen, sondern die Bezeichnungen in den zwei oder drei verschiedenen Sprachen zu verwenden, die früher in ihnen gebräuchlich waren. Das mag umständlich erscheinen, und Nationalisten könnten, je nachdem welchem «Volk» ihre Sympathien gelten, an der Reihenfolge der Namen Anstoß nehmen, doch wirkt dieses Vorgehen dem Eindruck entgegen, jeder dieser Orte habe eine eindeutige nationale Identität besessen. Für größere Städte wie Krakau, Prag, Trient oder Wien verwende ich die im Deutschen eingeführten Namen.

Ich habe versucht, essenzialistische Begriffe wie «Tschechen», «Deutsche», «Polen» oder «Slowenen» zu vermeiden, und stattdessen deskriptive Bezeichnungen wie «Sprecher des Tschechischen» benutzt, obwohl diese die tatsächliche Sprachpraxis der so bezeichneten Staatsbürger oft nicht adäquat erfassen. Sie gestehen jedoch Menschen, die sonst häufig nach Kriterien eingeteilt werden, die ihnen selbst fremd und unverständlich waren, ein Mindestmaß an eigenem Handlungs-

vermögen zu. Ich spreche von «Ungarn» oder «Ungarisierung» dort, wo andere von «Magyaren» oder «Magyarisierung» reden würden. Einige Wissenschaftler haben zwischen einer auf einem Staat (Ungarn) basierenden «Nation» und einer «Nation», die auf ethnischer Zugehörigkeit (zur magyarischen Bevölkerungsgruppe) gründet, unterschieden, doch scheint mir diese scharfe Trennung wenig Sinn zu ergeben, vor allem, was das neunzehnte Jahrhundert betrifft. Mit Rücksicht auf den historischen Kontext verwende ich durchgehend die Begriffe «Ruthenen» und «ruthenisch» zur Bezeichnung der Bevölkerungsgruppe und Sprache, die heute generell «ukrainisch» genannt werden, obwohl dieser Begriff schon von 1900 an immer gebräuchlicher wurde.

Einleitung

Am Dienstag, dem 13., und Montag, dem 19. Juni 1911, machten sich in Dörfern, kleinen und großen Städten überall im kaiserlichen Österreich mehr als viereinhalb Millionen Wähler auf, um ihre Stimmen für ein neues Parlament abzugeben.¹ In den einzelnen Stimmbezirken wurden erbitterte Wahlkämpfe ausgetragen, und Agitatoren der verschiedenen Parteien bemühten sich bis zur letzten Minute, ihre Wähler zum Gang an die Urnen zu bewegen. Von Vorarlberg bis zur Bukowina, von Prag bis Dubrovnik prägten in den Wochen vor der Wahl Parteikundgebungen und pathetische Bekanntmachungen politischer Programme das öffentliche Leben. Die Bürger wurden mit Flugblättern überschwemmt, und die Zeitungen veröffentlichten geistreiche Satiren.²

Parteizeitungen drängten Leser, die das noch nicht erledigt hatten, schleunigst die zuständige Amtsstelle in ihrem Ort aufzusuchen, wo sie sich gegen Vorlage eines offiziellen Ausweises ihre Wahllegitimation aushändigen lassen konnten. Diese sollten sie auch nach der Stimmabgabe weiter bereithalten für den Fall, dass es in ihrem Kreis zu einer Stichwahl kommen sollte. Parteiübergreifend wurde vor Störmanövern gewarnt, die die jeweiligen Gegner in letzter Minute aushecken könnten. Christsoziale Zeitungen in Graz baten ihre Wahlhelfer inständig, in allen Straßen und Wohnvierteln ihres Bezirks weiterhin für ihre Partei zu werben, bis die Wahlen abgeschlossen sein würden. In Czernowitz (Cernăuți/Černivci) riefen die bürgerlichen deutschen, rumänischen, ukrainischen und polnischen nationalistischen Parteien ihre Wählergemeinschaften auf, dafür zu sorgen, dass der bisherige Abgeordnete, ein Sozialist, die Stadt nicht wieder im Reichsrat vertreten würde. In Pettau (Ptuj) appellierte die slowenischsprachige Zeitung *Stajerc* in einem «Wähler! Bauern, Arbeiter und Handwerker» überschriebenen Aufruf an ihre Leser, sich vereint hinter die von dem Blatt unterstützten Kandidaten für die Südsteiermark zu stellen.³

Prognostiker und Kandidaten übertreiben bei jeder Wahl gerne deren politische Bedeutung. Rückblickend mag es bei dieser Wahl im Jahr 1911 nicht um außergewöhnlich viel gegangen sein, doch sowohl der hohe Grad an emotionaler Anteilnahme, der in regionalen Zeitungen zum Ausdruck kam, als auch die hohe Wahlbeteiligung zeigen, dass die Wähler ihrem Votum große Bedeutung beimaßen. Eine sozialdemokratische Zeitung fing ein, was viele mit dieser Wahl verbanden, als sie verkündete: «Wenn Ihr Euren Wahlzettel in die Urne werft, entscheidet Ihr über Eure eigene Zukunft.»⁴

Als die Österreicher zu den Wahllokalen strömten, um über ihre eigene Zukunft zu entscheiden, waren sie sich bewusst, dass sie auch über die Zukunft ihres Reiches entschieden. Und einige von ihnen zahlten sogar den allerhöchsten Preis, um ihren Entschluss zu wählen in die Tat umsetzen zu können, wie schockierte Leser überall in der Monarchie am 20. Juni, dem Tag nach der Wahl, aus der Zeitung erfuhren. Am Vortag war es in der galizischen Ölförderstadt Drohobytsch (Drohobycz) zu einem Massaker gekommen.⁵ Eine große Schar jüdischer und ruthenisch- beziehungsweise ukrainischsprachiger Galizier war auf dem Marktplatz zusammengekommen, fest entschlossen, am Ende eines erbittert geführten Wahlkampfes von ihrem Recht auf Mitbestimmung über ihre Vertretung im Reichsrat Gebrauch zu machen. Viele fürchteten nicht ohne Grund, dass die örtlichen Behörden versuchen würden, die Ergebnisse zugunsten des amtierenden Abgeordneten Nathan Löwenstein zu manipulieren und sie davon abzuhalten, für ihren Kandidaten, den Zionisten Gershon Zipper, zu stimmen. Ersterer war der Kandidat der jüdischen Drahtzieher von Drohobych und der im Polenklub zusammengeschlossenen konservativen Eliten, die de facto über das Kronland Galizien herrschten.

Für diese Wahl hatten die Stadtoberen ein einziges Wahllokal für potenziell mehr als 8000 Stimmberechtigte eingerichtet. Am Wahltag hinderte die Polizei des Ortes alle, die nicht als Anhänger Löwensteins bekannt waren, daran, den Raum zu betreten. Mehrfach zerstreuten berittene Gendarmen unruhige Menscentrauben, die sich immer wieder vor dem Wahllokal versammelten, und trieben sie weg. Anstatt wie erhofft gute Geschäfte mit einer festlich gestimmten Schar von Wählern zu machen, mussten Ladenbesitzer erleben, dass die immer gereiz-

ter werdende Menge ihnen die Schaufensterscheiben einwarf und weitere Schäden verursachte. Am Nachmittag befahlen die Stadtoberen den Soldaten, die man aus der Garnison Rzeszow bei der Festung Przemyśl herbeigeholt hatte, das Feuer auf die Aufsässigen zu eröffnen. Sechszwanzig Menschen blieben tot auf dem Platz zurück, darunter auch Alte, Frauen und Kinder. Untersuchungen ergaben, dass die meisten von ihnen in den Rücken getroffen worden waren, was vermuten ließ, dass sie vor den Soldaten geflohen waren.

Diese aufwühlende Geschichte zeigt, zu welch extremen Maßnahmen örtliche Machthaber bereit waren, um in einer Zeit, in der die Staatsbürger sich erstmals in großer Zahl an Wahlen beteiligen konnten, an der Herrschaft zu bleiben. Sie dokumentiert aber auch, wie stark die Einwohner einer weit von Wien und Budapest entfernt gelegenen Industriestadt sich politisch und emotional mit dem Reich, in dem sie lebten, identifizierten. Es war erst die zweite Wahl, die seit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts für Männer im Jahr 1907 stattfand, und die dritte, die seit der Ausdehnung des Stimmrechts auch auf männliche Untertanen ohne Besitz im Jahr 1896 abgehalten wurde. Genau aus diesem Grund sahen die Menschen das hart erkämpfte Wahlrecht als so bedeutsam für ihr zukünftiges Leben an. Was die Durchführung von Wahlen betraf, hatte das Kronland Galizen einen schlechten Ruf, denn es war dort immer wieder zu Manipulationen gekommen. Die Einwohner von Drohobytch wussten sehr gut, dass die Männer, die die Geschicke ihrer Stadt bestimmten, zu allen denkbaren Schikanen und Fälschungen bereit waren, um das Ergebnis der Abstimmung zu ihren Gunsten zu beeinflussen.⁶ Dennoch war die ethnisch, religiös und sprachlich so bunt zusammengesetzte Arbeiterschaft der Stadt entschlossen, den Kandidaten, auf den man sich geeinigt hatte, ins Parlament zu hieven. Dass sich Zionisten und ruthenische Bauern verbündeten, mag uns heute merkwürdig erscheinen, da wir sonst meist lesen, dass sich im Habsburgerreich nationale oder religiöse Gruppen erbittert gegenüberstanden. In diesem Fall lag aber beiden Gruppen die Zusammensetzung des Reichsrats im weit entfernten Wien sehr am Herzen, und das, obwohl diese Institution viel weniger Einfluss auf ihr Leben hatte als die Regierung des Kronlands Galizien, deren Sitz in Lemberg (Lwów, Lwiw) war. Warum war an jenem Tag

jedermann in Drohobytsch von der großen Bedeutung der Wahlen überzeugt? Was verrät uns das über den Stellenwert des Habsburgerreichs und seiner Institutionen im Leben der Untertanen?

Für viele Österreicher war das Reich eine alternative Quelle symbolischer und realer Macht, die vielleicht die Macht der einzelnen örtlichen Eliten nicht übertraf, sich aber zumindest mäßigend auf sie auswirken konnte. Als zionistische und ruthenische politische Führer vor dem Innenminister über die gesetzeswidrige Durchführung der Wahl klagten, gewährte Wien ihnen ein gewisses Maß an juristischer Unterstützung. Allerdings konnte man die grundsätzliche Ungerechtigkeit der örtlichen politischen Verhältnisse nicht beseitigen. Am 19. Juni 1911 setzten die Menschen in Drohobytsch das Wahlrecht, das sie als Bürger der Monarchie besaßen, als – in ihrer Wirkung begrenzte – Waffe gegen diejenigen ein, die sie als ihre lokalen Unterdrücker ansahen.

Die Parlamentswahlen hatten für die Menschen überall im Reich immense kulturelle und soziale Bedeutung. Zwar waren nur männliche Untertanen über vierundzwanzig Jahre wahlberechtigt, doch dass unter den Todesopfern in Drohobytsch auch Frauen und Kinder waren, zeigt, in welchem Maß an jenem Tag das Geschick des ganzen Reiches jedermann am Herzen lag. Die Beschränkung des Wahlrechts auf Männer konnte Frauen, Jugendliche und sogar Kinder kaum davon abhalten, an diesem politischen, kulturellen, staatsbürgerlichen Ritual teilzunehmen, das häufig feierlich zelebriert wurde, Tausende von Menschen an einem Ort vereinte und ihre Gemeinde mit dem Rest des Reiches verband.

Eine Untersuchung der turbulenten Ereignisse vom Juni 1911 in den Dörfern und Städten des österreichischen Teils des Reiches oder Cisleithaniens, wie er auch genannt wurde, würde zeigen, dass sozial, religiös und oft auch sprachlich ähnlich heterogene Gruppen wie in Drohobytsch ihren Willen geltend machten, um die Zukunft ihres Staates mitzugestalten, und dafür unerwartete Allianzen eingingen. Das galt häufig auch für die ungarische Hälfte der Doppelmonarchie, für Transleithanien, obwohl das restriktivere Wahlrecht die Wählerschaft dort zahlenmäßig stark beschränkte. Von den 1890er-Jahren an wurden aber auch dort die Scharen der Nichtwahlberechtigten aktiv, um am

Tag der Abstimmung eine bestimmte politische Position oder einen bestimmten Kandidaten zu unterstützen. Am Wahltag wurde das Reich für alle, ob wahlberechtigt oder nicht, zur Projektionsfläche für religiöse und sonstige Überzeugungen, Wertvorstellungen, Hoffnungen, Frustrationen und vor allem für Zukunftsvisionen. Die Wahlen stellten ein wichtiges, dem Imperium gewidmetes Ritual dar, an dem Menschen aller gesellschaftlichen Klassen teilnahmen. Man hegte auch die gleichen Hoffnungen, was den Ablauf der Wahl selbst betraf, dass nämlich die Vertreter des Staates deren Rechtmäßigkeit garantierten – Hoffnungen, die durch die Machthaber in Drohobytsch auf so ungeheuerliche und tragische Weise enttäuscht wurden.

Dieses Buch handelt davon, wie sich zahllose lokale oder regionale Gesellschaften in ganz Mitteleuropa vom achtzehnten Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg mit den Bemühungen der Habsburgerdynastie identifizierten, einen vereinigten und vereinigenden Kaiserstaat zu schaffen. Es wird untersucht, wie die Institutionen des Reiches, die administrativen Praktiken und kulturellen Programme vom späten achtzehnten Jahrhundert bis in die ersten Jahrzehnte des zwanzigsten Jahrhunderts hinein dazu beitrugen, in den einzelnen Regionen die lokale Gesellschaft zu prägen. Umgekehrt wird gefragt, wie die Bürger des Imperiums mit den verschiedenen staatlichen Praktiken und Institutionen umgingen, wie sie sich diese oft für ihre eigenen Zwecke zunutze machten oder umgestalteten, damit sie ihren eigenen Interessen entgegenkamen. Insgesamt führten die komplexen Prozesse der Miterschaffung des Reiches durch die Bürger zu gemeinsamen Erfahrungen, durch die sprachliche, konfessionelle und regionale Trennlinien überbrückt wurden.

Die Ereignisse in Drohobytsch sind nur einer von vielen Belegen dafür, dass eine Annäherung an die Geschichte des Habsburgerreichs aus der Perspektive gemeinsamer Institutionen, Praktiken und Kulturen die herkömmlichen Darstellungen fragwürdig werden lässt, die die unterschiedlichen Völker und ihre Differenzen in den Vordergrund rücken. Wenn man das Reich als Ganzes in den Mittelpunkt der Untersuchung stellt und nicht seine einzelnen «Bausteine», also die unterschiedlichen Sprachgemeinschaften oder die ethnisch von-

einander abgegrenzten Völker, dann erscheint die Geschichte Mittel- und Osteuropas in einem ganz neuen Licht. Regionale, sprachliche, religiöse oder ethnische Unterschiede zwischen den Bevölkerungsgruppen, also das, was man um 1900 oft global als «nationale Differenzen» bezeichnet hat, bestimmten keinesfalls entscheidend die Politik der Habsburger in Mitteleuropa, und sie führten keineswegs dazu, dass die Geschichte des Reiches eine unausweichliche – tragische – Entwicklung nahm. Die Menschenmenge in Drohobytsh, auf die die Soldaten feuerten, war multikonfessionell und multilingual zusammengesetzt, und doch schlossen sich die Menschen zusammen, um ihr Recht zu wählen gemeinsam geltend zu machen; zumindest an jenem Tag ergaben sich aus ihrer unterschiedlichen ethnischen oder nationalen Zugehörigkeit keine konträren politischen Ansichten: Diese Menschen empfanden sich nicht als Juden, Ruthenen oder Polen, sondern als Bürger, denen man ein Grundrecht streitig machen wollte. Der Aufstand am 19. Juni war ein Volksaufstand in dem Sinne, dass die einfachen Einwohner sich gegen die starken Männer vor Ort erhoben, die ihnen gesetzeswidrig Rechte nehmen wollten, die sie als Bürger des Reiches besaßen. In vergleichbaren Situationen kam es zu anderen Allianzen.

Sicher trugen Herrscher, Staatsmänner, Beamte, Militärberater oder Wissenschaftler zum Aufstieg und Erfolg des Habsburgerreichs bei, doch handelte es sich bei der Erschaffung dieses Staates um eine langfristige Unternehmung, die die geistigen Kräfte, die Herzen und Energien vieler Bürger aus allen gesellschaftlichen Schichten beanspruchte. Das vorliegende Buch nimmt das Verhältnis von Staat und Gesellschaft in den Blick, indem es die gemeinsame Erschaffung eines Habsburgerreichs aus zwei verschiedenen Richtungen – von oben und von unten – beschreibt. Unter Staat verstehe ich dabei mehr als einen bestimmten Bereich der Politik oder eine Reihe formeller Institutionen. Vielmehr meine ich damit unterschiedliche kulturelle, religiöse und gesellschaftliche Praktiken, während «Gesellschaft» einen gleichermaßen wichtigen Bereich bezeichnet, in dem die Politik zur Anwendung gelangt.

Im achtzehnten Jahrhundert versuchten die Herrscher aus dem Hause Habsburg, das Sammelsurium unterschiedlicher Territorien, über die sie geboten, zentralisierten und vereinheitlichten Institutionen zu

unterstellen. Viele dieser Territorien funktionierten nach eigenen Gesetzen, besaßen eigene Institutionen und administrative Traditionen. Zentralisierung und Vereinheitlichung waren für das neue Reich von entscheidender Bedeutung, um Großmachtstatus erlangen und den militärischen Angriffen seiner vielen Feinde standhalten zu können. Gleichzeitig musste der habsburgische Staat aber – so wie viele andere europäische Staaten, die sich zu jener Zeit bildeten – ein Gefühl der Verbundenheit in den verschiedenen ihm angehörenden Völkern wecken, indem er diese dazu anregte, ihre individuellen oder kollektiven Interessen mit den Interessen des Reiches zu verknüpfen.

Das Buch beginnt mit einer Darstellung unterschiedlicher administrativer und institutioneller Experimente, zu denen im achtzehnten Jahrhundert Kaiserin Maria Theresia und danach ihre Söhne Joseph II. und Leopold II. den Anstoß gaben. Diese Experimente reichten von der Verringerung der Fronarbeit für die bäuerliche Bevölkerung bis zur Einführung einer Steuerpflicht für den Adel, zwei Neuerungen, die dem Reich in mehreren Regionen nachhaltige Unterstützung vonseiten der Bauernschaft einbrachten. Spätere Kapitel befassen sich mit Strategien der Staatsbildung, die von den Nachfolgern der genannten Herrscher initiiert wurden. Dabei geht es um die Einführung eines liberalen Absolutismus in den 1850er-Jahren, Verfassungsänderungen 1848 sowie in den Sechzigerjahren des Jahrhunderts, um das österreichisch-ungarische Abkommen von 1867, den sogenannten «Ausgleich», um Versuche mit anderen nationalen Ausgleichen nach 1900, die Gewährung des allgemeinen Wahlrechts für die männliche Bevölkerung in Cisleithanien im Jahr 1907 sowie um die Föderalisierung im Oktober 1919. Thema des Schlusskapitels ist die Übernahme habsburgischer Gesetze und Praktiken durch die Nachfolgestaaten in den Jahren 1919 und 1920.

Jeder dieser Meilensteine in der Geschichte des Habsburgerreichs ist wohl bekannt, und mit einer Ausnahme hält sich das Buch an die herkömmliche Periodisierung. Was die vorliegende Darstellung von anderen unterscheidet, sind die Erklärungen dieser Meilensteine, denn ich schreibe der Gesellschaft eine wesentliche Mitwirkung an ihrem Zustandekommen zu. In jeder der uns vertrauten Perioden setzten die Habsburger beharrlich ihre Bemühungen fort, ein geeintes Reich mit

einem gemeinsamen Anliegen zu schmieden. Sie taten das auf eine bemerkenswert kreative und flexible Weise, auch im Sinne von Kompromissbereitschaft, während sie auf rhetorischer Ebene immer wieder ihre ungebrochene und unverminderte Herrschermacht betonten. Da sich die lokalen, nationalen und europaweiten Rahmenbedingungen radikal änderten, waren geschickte Strategien bei der Reichsbildung erforderlich, für deren Erfolg man auf den Beistand verschiedener Verbündeter in der Gesellschaft angewiesen war.

Für sich genommen verraten die Visionen, politischen Maßnahmen, strategischen Rückzüge oder taktischen Kompromisse der Regierung wenig über die Bedeutung, die die Reichsidee in den einzelnen lokalen Gesellschaften hatte. Von Anfang an suchten die Habsburger jedoch bei ihren Maßnahmen zum Aufbau des Reiches die stillschweigende oder auch ausdrückliche Unterstützung verschiedener gesellschaftlicher Gruppen und Akteure. Im achtzehnten Jahrhundert beispielsweise wurden die Bauern und die gebildete Mittelschicht – aus ganz unterschiedlichen Gründen – indirekt Nutznießer von Reformen. Oft nutzten sie aktiv die neuen Freiräume, die durch die Reichspolitik im öffentlichen Leben entstanden – etwa durch die Abschaffung feudaler agrarischer Einrichtungen oder die Schaffung einer landesweiten, überregionalen Bürokratie –, um energisch ihre eigenen Interessen zu verfolgen. Damit unterstützten sie aber gleichzeitig das Reich und seine Einrichtungen.

Durch neue Entwicklungen in den Bereichen Recht, Wirtschaft und Erziehung noch vor der Französischen Revolution von 1789 hatten die Habsburger Herrscher ein Staatsbürgerschaftsmodell schaffen können, das implizit allen Untertanen (aus denen bald Staatsbürger werden sollten) gleiche Rechte und gleiche Pflichten in Aussicht stellte. Dieses Konzept war in einem gewissen Maß das unbeabsichtigte Ergebnis der Bemühungen, die Masse der unter der Herrschaft des ländlichen Adels stehenden unfreien Bauern zu unabhängigen Steuerzahlern zu machen: Eine freie steuerpflichtige Bauernschaft würde eine viel wertvollere Ressource für einen finanziell notleidenden Staat mit großem Macht Hunger darstellen. Die Bauern zu befreien bedeutete aber auch, die lokale Macht der Adligen zu beschneiden und viele von ihnen der Arbeitskräfte zu berauben, die sie zur Bewirtschaftung ihrer Güter be-

nötigten. Sowohl die Bauern als auch die adeligen Großgrundbesitzer begriffen sehr gut, was diese Reformbestrebungen der Habsburger konkret mit sich bringen würden.

Im frühen neunzehnten Jahrhundert weiteten die Monarchen aus dem Haus Habsburg durch verschiedene neue Gesetzessammlungen das Versprechen staatsbürgerlicher Gleichstellung auf Männer und Frauen aller sozialen Schichten aus; den Höhepunkt bildete in dieser Hinsicht das Allgemeine Bürgerliche Gesetzbuch von 1811, das für einen Großteil des Reiches galt. Natürlich bedeutete eine rechtliche Gleichstellung keine soziale oder kulturelle Gleichheit. Statusunterschiede, die auf fein abgestuften, auf Bildung oder Klassenzugehörigkeit basierenden Hierarchien beruhten, machten sich nach wie vor im öffentlichen Leben bemerkbar und spiegelten sich auch in den komplexen Rangordnungen der Beamten und Angehörigen des öffentlichen Dienstes, der zunehmend für den gebildeten Mittelstand geöffnet worden war, wider, nicht zuletzt durch deren Uniformen.

Im achtzehnten Jahrhundert brachten die Habsburger auch sozialpolitische Maßnahmen auf den Weg, die das Empfinden einer staatsbürgerlichen *égalité* verstärkten und gleichzeitig patriotische Verbundenheitsgefühle mit dem Staat und den Respekt vor der gesellschaftlichen Ordnung förderten. Ein allgemeiner Grundschulunterricht in den jeweiligen Volkssprachen, eine landesweite Verwaltung, die sich vorwiegend aus der gebildeten Mittelschicht rekrutierte, ein unabhängiges Gerichtswesen und die Förderung des freien Handels im Reich führten ebenfalls dazu, dass die Macht des regionalen Adels gebrochen wurde und Österreich zu einer Großmacht aufstieg. Überdies banden diese politischen Maßnahmen diejenigen, die unmittelbar von ihnen profitierten, stärker in das Imperium ein. Am Ende der Napoleonischen Kriege lassen sich von Triest im Westen bis nach Brody im Osten Belege dafür finden, dass sich viele gesellschaftliche Gruppen stark mit ihrem Staat identifizierten. Das galt für Bauern ohne Landbesitz ebenso wie für Kaufleute, die überregionalen Handel betrieben, für Priester ebenso wie für Verwaltungsbeamte auf Distriktsebene. Ein Patriotismus, der sich auf das gesamte Reich bezog, gewann in dem 1804 gegründeten Kaiserreich an Bedeutung, auch wenn «Lokalpatrioten» das Reich nach Maßgabe ihrer partikularen Interessen definierten.

Mitte des neunzehnten Jahrhunderts entwickelten viele Menschen ihre persönlichen wirtschaftlichen Visionen oder politischen Programme, für deren Umsetzung sie die Vorteile, die das gemeinsame Reich bot, nutzen wollten. Darunter waren natürlich auch viele Nationalisten. Verfassungsreformen regten lokale Gemeinschaften dazu an, sich direkt an Einrichtungen und Initiativen des Reiches zu beteiligen, so dass viele Aktivitäten auf lokaler Ebene in die Schaffung bemerkenswert ähnlicher politischer, ziviler und kultureller Institutionen mündeten. Durch die Einführung von Stadt- und Gemeinderäten, deren Mitglieder aus den Reihen der Bürger gewählt und die von diesen selbst geleitet wurden, um die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts und noch mehr durch die regelmäßig stattfindenden Wahlen zu Landtagen und zum Reichsrat wurden immer mehr Menschen in ein öffentliches Leben einbezogen, das durch Institutionen des Reiches geprägt war.

Die in den 1850er- und 1860er-Jahren im gesamten Staatsgebiet erfolgte Unterrichtsreform an Volksschulen, höheren Lehranstalten und Universitäten vergrößerte ebenfalls die Vorteile, die ein vereintes Reich mehreren Bevölkerungsgruppen – potenziell – bringen konnte. In den Natur- und Sozialwissenschaften, ob sie nun akademisch oder aus Liebhaberei betrieben wurden, prägte im neunzehnten Jahrhundert die Vorstellung vom Reich als einem geordneten und in sich geschlossenen imperialen Raum die Forschungsfragen und Methoden. Wissenschaftshistoriker haben kürzlich nachgewiesen, dass Versuche, die räumliche Dimension und demographische Diversität des Reiches mit natürlichen Gegebenheiten zu rechtfertigen, die Entwicklung verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen, von der Meteorologie über die Seismologie bis hin zur Volkskunde, beeinflussten.⁷ 1883 initiierte die Regierung von Österreich-Ungarn unter der Schirmherrschaft von Kronprinz Rudolf ein umfassendes Projekt, das sowohl die Diversität als auch die Ausdehnung des Reiches beschreiben sollte. Ziel war es, Forschungsarbeiten zur höchst unterschiedlichen geologischen Beschaffenheit, zur ungeheuer artenreichen Fauna und Flora sowie zur Vielfalt der Bevölkerungsgruppen des Reiches in einer Reihe illustrierter Bände zusammenzufassen, die man per Subskription erwerben konnte. Das war das sogenannte *Kronprinzenwerk*. Diese Arbeit war mehr als das Ergebnis

eines reichsweiten Projekts, denn sie erzeugte gleichzeitig die Vision von einem spezifisch habsburgischen Imperium, von einem Reich, das verschiedene Kulturen in sich vereint und zugleich deren autonome Entwicklung fördert.⁸

Was ist mit den Völkern?

Im letzten Drittel des neunzehnten Jahrhunderts stellte das Reich der Habsburger immer häufiger und nachhaltiger seine einzigartige Fähigkeit unter Beweis, aus der kulturellen Diversität seiner Völker produktive Kraft zu gewinnen. Warum war dieses Thema von so großer Bedeutung? War die Habsburgermonarchie kulturell oder gesellschaftlich vielfältiger als andere europäische Staaten der Zeit? In der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts entstanden überall in Europa einflussreiche nationale Bewegungen. Sie erklärten die Eigenständigkeit ihres Volkes mit ihrer besonderen Kultur, wie sie vor allem in Sprache und Religion zum Ausdruck kam. Solche Vorstellungen waren stark von popularisierten Fassungen der Schriften Johann Gottfried Herders (1744–1803) beeinflusst. Um 1900 vertrugen viele Nationalisten die Ansicht, dass nationale Unterschiede in der Praxis unüberbrückbar seien und Volksgemeinschaften das Recht auf eine autonome Pflege der eigenen Kultur und auf eine eigene politische Organisation hätten; das erinnerte stark an das liberale Eintreten für die Naturrechte des Individuums.

Im Habsburgerreich machten sich Argumente für die Autonomie der einzelnen Nationalitäten oft an Institutionen des Reiches wie Gerichtshöfen und Schulen fest. So stand etwa im ausgehenden neunzehnten Jahrhundert der Sprachgebrauch im öffentlichen Bereich beziehungsweise das Recht auf den Gebrauch einer bestimmten «Landessprache» im Mittelpunkt vieler Auseinandersetzungen. Traditionell war aus Gründen der Zweckmäßigkeit die Praxis verfolgt worden, Erlasse in der jeweiligen Volkssprache zu veröffentlichen und auch den Unterricht in der Grundschule in dieser erteilen zu lassen. Als österreichische und ungarische Gesetzgeber in den 1860er-Jahren neue Verfassungsgesetze verabschiedeten und darin die Bestimmungen über den Sprachgebrauch festschrieben, wurde dies bei vielen Gelegenheiten zum Anlass für eine

Politik genommen, die sich die Verwirklichung dieser «Versprechungen» bezüglich sprachlicher Eigenständigkeit zum Ziel setzte.

Dieses Buch behandelt den politischen Nationalismus in Mitteleuropa unter den Habsburgern als Produkt imperialer Strukturen und regionaler Traditionen, nicht als etwas, mit dem sich übergeschichtlich existierende Ethnien Ausdruck verschafften, wie Aktivisten des neunzehnten Jahrhunderts behaupteten. Natürlich haben Historiker solche Deutungen schon vor langer Zeit zurückgewiesen, doch ist es ihnen nicht gelungen, die Konzepte von «Reich» und «nationaler Eigenständigkeit» in eine produktive Beziehung zueinander zu bringen. Die Vorstellungen von nationaler Identität und von einem allumfassenden Reich waren aufeinander angewiesen: Sie entwickelten sich im Dialog miteinander und nicht in Opposition zueinander. Um 1900 hegten viele Programmatiker eines Reiches nationale Überzeugungen, während nationale Wortführer regelmäßig politische Lösungen innerhalb des vom Reich vorgegebenen gesetzlichen Rahmens zu finden versuchten. Nationale Bewegungen, die für kulturelle Eigenständigkeit eintraten, spielten eine Schlüsselrolle in vielen politischen und sozialen Einrichtungen des Reiches. Doch so groß ihre Bedeutung in der hohen Politik auch war, im Alltag der Menschen spielten sie nicht unbedingt eine Rolle. Ihre nationale Identität erschien den Menschen vor allem dann schützenswert und wertvoll, wenn ihre fundamentalen kulturellen Anrechte bedroht zu sein schienen (für gewöhnlich durch eine andere Volksgruppe). Doch damit es zu einer solchen Besinnung auf die nationale Identität überhaupt kam, mussten nationale Aktivisten ihnen diese Rechte erst vor Augen führen, ihnen deren Bedeutung für das gesellschaftliche Leben vor Ort bewusst machen und rechtzeitig warnen, wenn sie gefährdet waren.

Der Nationalismus mag bei Ereignissen, die größere Gruppen von Menschen betrafen, Leidenschaften entfacht haben – etwa bei Ritualen wie der alle zehn Jahre stattfindenden Volkszählung oder bei Wahlen –, doch verblasste seine Bedeutung sofort, wenn ein solches Ereignis vorüber war und wieder alltäglichere Probleme eine Rolle spielten. Nationale Bewegungen nahmen auf die Angelegenheiten und den Rhythmus des alltäglichen Lebens oft allenfalls flüchtig Einfluss.⁹ Versuche, die Menschen dazu zu veranlassen, ihr wirtschaftliches Verhalten oder ihre erzieherischen Ziele an nationalen Vorstel-

lungen auszurichten, fanden häufig keinen großen Widerhall bei der breiten Masse. Das bloße Vorhandensein sprachlicher, religiöser und regionaler Unterschiede zwischen den Bürgern des Reiches bestimmte nicht den Verlauf von dessen Geschichte. Diese Unterschiede allein ließen nicht das Gefühl entstehen, dass die Welt unter mehreren Nationalitäten mit gleichem Anspruch auf die politische Macht aufgeteilt war. Das für das beginnende zwanzigste Jahrhundert typische Beharren darauf, dass alle Menschen ethnischen oder nationalen Gemeinschaften angehörten, muss teilweise als Ergebnis der politischen Arbeit nationaler Aktivisten verstanden werden. Es war aber auch ein Produkt der von Beamten des Reiches vorgenommenen Kategorisierung seiner verschiedenen Volksgruppen mit dem Ziel, diese effizienter regieren und verwalten zu können.¹⁰

Die Erfahrungen vom Reich

In den vergangenen dreißig Jahren haben Mittel- und Osteuropahistoriker viele der populärsten Ansichten über das Habsburgerreich revidiert – und dies häufig in radikaler Weise. Sie sehen das Imperium nicht länger als einen Anachronismus unter den Staaten des neunzehnten Jahrhunderts an und stellen die nationalistischen Konflikte nicht mehr undifferenziert als ein unveränderliches Phänomen dar. Ihre Untersuchungen haben aufregende neue Deutungen lokaler oder regionaler Phänomene ermöglicht, vor allem dadurch, dass sie die unterschiedlichen politischen Kulturen im Reich in den Vordergrund gerückt haben. Allein schon der vielsprachige Charakter der Habsburgermonarchie regte Historiker dazu an, das Imperium mithilfe transnationaler und interdisziplinärer Ansätze zu untersuchen. Auf diese Weise haben Historiker des Habsburgerreichs eine Vorreiterrolle für neue Perspektiven auf dem Gebiet der europäischen Geschichte im Allgemeinen gespielt. Ihre Arbeit hat auch die Historiker selbsternannter «Nationalstaaten» dazu angeregt, über kulturelle Unterschiede nachzudenken, die dicht unter der Oberfläche einer zur Schau gestellten oder behaupteten nationalen Homogenität verborgen liegen können. Gleichzeitig haben jedoch nur sehr wenige Autoren die neuen Ergebnisse genutzt, um ein neues Gesamtbild des Habsburgerreichs zu zeichnen.¹¹

Die Erforschung des Habsburgerreichs ist zwar im Fach inzwischen als Laboratorium für Innovationen bekannt, doch die neuen Erkenntnisse und Perspektiven sind noch nicht zu den Nichtfachleuten vorge drungen. Allgemeine Darstellungen der europäischen Geschichte behandeln die Donaumonarchie immer noch als ein Gebilde mit Ausnahme status, der zum einen darauf zurückgeführt wird, dass im österreichischen Kaiserreich mehrere ethnische und religiöse Gruppen vertreten waren, zum anderen mit der angeblichen «Rückständigkeit» vor allem der wirtschaftlichen Entwicklung begründet wird.¹² Ein so einfühlsamer Historiker wie der verstorbene Tony Judt etwa schrieb 1996, dass

die Zentren ökonomischer und kultureller Schwerkraft sich gewiss recht dramatisch verschoben [...], doch selten sehr weit nach Osten und nie über Wien hinaus. Wie brillant auch immer zeitweise die Kultur von Prag oder Vilnius gewesen sein mag, waren beide doch nie die Hauptstädte von etwas als europäisch Definierbarem, auf eine Weise, wie es zu verschiedenen Zeitpunkten für Florenz, Madrid, Amsterdam, Paris, London oder Wien gegolten hat.¹³

Peter Bugge hat nicht nur darauf hingewiesen, dass Prag auf Judts geistiger Europakarte östlich von Wien liegt – ein bei Historikern verbreiteter geografischer Irrtum –, sondern dass dieser auch davon ausgeht, der Leser würde schon verstehen, warum Prag (oder auch Vilnius) im Lauf ihrer Geschichte nie etwas eindeutig Europäisches an sich hatten.¹⁴

Historiker bringen ihr Empfinden von der Andersartigkeit einer Region manchmal in einer objektiver klingenden Darstellung ihrer ökonomischen Entwicklung zum Ausdruck, oder sie führen diese Andersartigkeit zum Teil auf die Auswirkungen des Kalten Krieges zurück. Wie mehrere Historiker klar gezeigt haben, dient dieses Hervorkehren eines vermeintlichen Unterschieds zwischen Mittel- und Osteuropa und dem Westen oft dazu, die beruhigende Normalität des restlichen Europa zu bekräftigen.¹⁵ Dieser Trend zeichnet sich besonders deutlich in der großen Zahl von Büchern über den Ersten Weltkrieg ab, die in den letzten zehn Jahren vorgelegt wurden, einige von ihnen in Erinnerung an den hundertsten Jahrestag des Kriegsbeginns. In fast allen

wird die Tradition fortgesetzt, das Habsburgerreich zu pathologisieren, es aufgrund innerer Nationalitätenkonflikte am Rande des Abgrunds taumelnd und kurz vor dem Kollaps darzustellen.¹⁶

Wir sollten nicht in das andere Extrem fallen und eine generelle Ähnlichkeit Mittel- und Osteuropas mit dem Rest des Kontinents geltend machen. Wir müssen vielmehr versuchen, die Geschichte der Region – ihre Institutionen und ihre wirtschaftliche, gesellschaftliche, politische und kulturelle Entwicklung – in einem europäischen Kontext und nicht außerhalb davon zu verstehen. Dieses Buch will deutlich machen, wie sehr das Habsburgerreich anderen europäischen Staaten ähnelte, und zugleich hervorheben, wenn es neue Vorstellungen von nationaler Identität entwickelte und neue Regierungsformen einführte. Wie jeder europäische Staat entwickelte es ganz eigene Institutionen und Praktiken, die seine Geschichte einzigartig machen.

Vor allem aber handelt dieses Buch vom Charakter, der Entwicklung und dem bleibenden Vermächtnis eines großen Reiches in Mittel- und Osteuropa. Es will keine erschöpfende Geschichte der Habsburgermonarchie liefern. Einige Leser werden hier möglicherweise Informationen zu Regionen oder Ereignissen vermissen, für die sie sich besonders interessieren. Andere hätten sich vielleicht eine ausführlichere Darstellung der Außen- und der Großmachtpolitik gewünscht, beides zugegebenermaßen Themen von entscheidender Bedeutung für die Geschichte des Imperiums. Solche Auslassungen sind aber unvermeidlich in einem Buch, das neue Antworten auf die Frage sucht, warum das Reich und seine Institutionen für so viele Menschen so lange so viel bedeuteten, und weniger von dem enzyklopädischen Verlangen getrieben ist, die lange und wechselvolle Geschichte dieses Staates lückenlos zu dokumentieren. Als Autor des Buches bin ich mir bewusst, dass ich Ereignisse auslasse – manche möglicherweise entscheidend, andere mit Folgen für die Argumentation – und dass ich tendenziell vereinfache, wie es beim Verfassen einer Synthese unvermeidlich ist. Das Buch verdankt der ausgezeichneten Arbeit anderer Historiker viel, vor allem insofern es auf ihren Versuchen aufbaut, den Blick auf andere Fragen als nur die der nationalen Identität zu lenken. Indem es den Schwerpunkt auf bestimmte Regionen und Entwicklungen legt, hat es jedoch seinerseits Grenzen.

Seit die Habsburgermonarchie 1918, gegen Ende des Ersten Weltkriegs, zusammengebrochen ist, ist ihre Geschichte weitgehend unter dem Aspekt der Koexistenz verschiedener Völker oder auch ihres «Streits» untereinander gesehen worden.¹⁷ Sehr viel seltener haben Historiker das Reich selbst zum Gegenstand ihrer Deutungen gemacht. In seinem häufig zitierten Versuch, Wissenschaftler dazu zu bewegen, sich weniger auf das sogenannte Nationalitätenproblem zu konzentrieren und mehr die Gesamtgesellschaft in den Blick zu nehmen, meinte 1967 der Historiker István Deák: «Es gab keine dominierenden Nationalitätengruppen in der österreichisch-ungarischen Monarchie. Es gab dominierende Klassen, Institutionen, Interessen- und Berufsgruppen.»¹⁸ Mehrere maßgebliche Historiker der Region haben sich in den 1980er-Jahren seinem Argument angeschlossen. 1980 veröffentlichten Gary Cohen und John Boyer einflussreiche Studien zu Politik und Gesellschaft in Prag und Wien, in denen sie von den herkömmlichen Annahmen bezüglich der primären Bedeutung der nationalen Identität in diesen beiden Gebieten abrückten.¹⁹ Cohens Analyse zufolge war das Gefühl nationaler Zugehörigkeit nicht etwas, das sich zwangsläufig durch Geburt oder Abstammung ergab. Vor allem bei der Prager Arbeiterschaft hing im neunzehnten Jahrhundert die Identifikation mit einer bestimmten Volksgruppe oft davon ab, ob es gesellschaftliche Institutionen gab, die solche Identitätsgefühle förderten. Boyer untersuchte den Aufstieg des Christlichen Sozialismus in Wien vor dem Hintergrund der Stadtteilpolitik und ging der Frage nach, wie ideologische Konstrukte und politische Kulturen aus spezifischen Nachbarschaftsangelegenheiten und situationsbedingten Allianzen heraus entstanden.

Gleichzeitig gingen der österreichische Historiker Gerald Stourzh und mehrere seiner Studenten und Studentinnen (allen voran Emil Brix, Hannelore Burger und Maria Kurz) der Frage nach, auf welche Weise Institutionen des Habsburgerreichs wie etwa Schulen, Justizbehörden oder die mit der Durchführung der österreichischen Volkszählung beauftragten Stellen praktische Probleme, die sich aus der sprachlichen Vielfalt ergaben, lösten.²⁰ Dass sie Verbindungen zwischen Beispielen auf lokaler Ebene und der reichsweiten Politik herstellen konnten, widerlegt die Annahme, sprachliche Unterschiede hätten die gesellschaftlichen Beziehungen und die institutionelle Entwicklung in

den einzelnen Regionen bestimmt. Sie zeigten zum ersten Mal, wie stattdessen – umgekehrt – Reichsinstitutionen und administrative Praktiken regionale nationale Bestrebungen geprägt hatten. Gegen Ende des Kalten Krieges begannen auch Wirtschafts-, Politik- und Literaturwissenschaftler sowie Anthropologen die noch fortlebende Annahme, Mittel- und Osteuropa habe sich vom Rest des Kontinents aufgrund ökonomischer Rückständigkeit oder unüberbrückbarer kultureller Unterschiede abgesetzt, einer produktiven kritischen Überprüfung zu unterziehen.²¹

Seit den späten 1990er-Jahren sind Historiker der Habsburgermonarchie oft an vorderster Front gestanden, wenn es darum ging, kulturelle, transnationale oder komparative Forschungsansätze zu entwickeln, um einige der sich am hartnäckigsten haltenden dualistischen Konzepte infrage zu stellen, die traditionelle Darstellungen der west- und der osteuropäischen Geschichte bestimmt haben: hier «staatsbürgerliche Identität», da «ethnische Identität», hier «entwickelt», da «rückständig», hier «demokratisch», da «autoritär», hier «ethnisch homogen», da «ethnisch zusammengewürfelt». Ihre Arbeiten zeigen, dass diese Gegensätze sich größtenteils in Luft auflösen, wenn man Ergebnisse aus der Untersuchung lokaler Gesellschaften zur Überprüfung heranzieht.²² Heute ist die Geschichte des Habsburgerreichs ein florierendes, von bemerkenswerter Kreativität und Innovationskraft gekennzeichnetes Forschungsgebiet.

Historiker der Habsburgermonarchie haben ihren Kollegen, die sich anderen Regionen Europas widmen, sehr viel darüber beigebracht, wie man sich Themen wie nationaler Identität, Vielsprachigkeit oder Indifferenz gegenüber der Nation annähern sollte, und, vielleicht am wichtigsten, wie man typologische Begriffe wie «Reich» und «Nation» verstehen sollte. Merkwürdig bleibt jedoch, dass nur wenige Autoren oder Herausgeber breiter angelegte historische Darstellungen vorgelegt haben, die nicht die einzelnen Völker oder Nationalitäten, sondern das Reich als Antriebskraft hinter der Entwicklung der verschiedenen Regionen sehen. In mehreren Bänden der bemerkenswerten von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften herausgegebenen Reihe *Die Habsburgermonarchie 1848–1918* sind die Abhandlungen zu einzelnen Sachgebieten nach natio-

nen Kriterien strukturiert, das heißt nach den einzelnen Kronländern gegliedert. Es gibt natürlich gute Gründe, solche Schemata beizubehalten. Bis vor Kurzem waren historische Forschung und Lehre in Europa und den Vereinigten Staaten von nationalen Schulen organisiert, was es schwer macht, sich ein funktionsfähiges alternatives Modell für die Durchführung eines großen Projekts vorzustellen.²³

Das vorliegende Buch schlägt vor, das Habsburgerreich als Ganzes zum Gegenstand der Forschung zu machen, indem es die gemeinsamen Erfahrungen der Staatsbürger mit ihrem Reich in den Vordergrund rückt. Es untersucht, wie Institutionen des Reiches, administrative Praktiken und kulturelle Programme, an denen alle Staatsbürger teilhatten, dazu beitrugen, die lokalen Gesellschaften in jedem Winkel des Staatsgebiets zu formen. Es überprüft, wie diese kollektiven Elemente Erfahrungen vermittelten, die sprachliche, konfessionelle und regionale Trennlinien wie auch zeitliche Grenzen überschritten. Sogar nachdem die Habsburgermonarchie im November 1918 formell zu existieren aufgehört hatte, beeinflussten vertraute Elemente der früheren Regierungs- und Verwaltungspraxis weiterhin die Ansichten vieler Menschen, ob sie nun die öffentliche Fürsorge betrafen, die Einberufung zum Militär oder die Vorstellung davon, wie das politische Leben funktionieren sollte. Prominente national orientierte Politiker in den Nachfolgestaaten, von Tomáš Masaryk (1850–1937) in der Tschechoslowakei bis zu Alcide de Gasperi (1881–1954) in Italien oder Anton Korošec (1872–1940) in Jugoslawien, waren stark von den Erfahrungen, die sie als bedeutende Akteure im politischen Geschehen des Kaiserreichs gemacht hatten, beeinflusst. Oft übernahmen sie für die von ihnen regierten neuen Staaten bewährte Gesetze, Praktiken und Institutionen des Habsburgerreichs. Gleichzeitig behaupteten sie, das Vermächtnis dieses Reiches sei mit demokratischen Prinzipien und nationaler Selbstbestimmung unvereinbar.

Wenn wir unseren Blick von den heutigen Nationalstaaten Mittel- und Osteuropas wegleiten und uns stattdessen auf das Habsburgerreich selbst konzentrieren, dann benötigen wir dringend neue große Erzählstränge, die die einzelnen Erkenntnisse miteinander verbinden. Wir brauchen keine weiteren Darstellungen von Einzelheiten, sondern großformatige alternative Narrative, die als Tragebalken für die einzel-

lenten neuen Forschungen der letzten Jahrzehnte dienen können. Wir können nicht von unseren Studenten – oder gar dem breiten Publikum – verlangen, dass sie die neueren Studien lesen und davon lernen, wenn wir gleichzeitig weiter auf Gesamtdarstellungen zurückgreifen, die diesen neuen Arbeiten widersprechen. Ich hoffe, mit diesem Buch ein mögliches Set alternativer Narrative vorgelegt zu haben, das ein tragfähiges Gerüst für unser sich wandelndes Forschungsfeld bildet.

Mehr Informationen zu diesem und vielen weiteren Büchern aus dem Verlag C.H.Beck finden Sie unter: www.chbeck.de